

SELBSTSTÄNDIGER ANTRAG

An das
Präsidium des
Vorarlberger Landtages
Landhaus
6900 Bregenz

Beilage 14/2024/XXXII. GP

Bregenz, 29. November 2024

Ein klares JA! zur Unterflur-Variante entlang des Bodensees als Best-Variante

Sehr geehrter Herr Präsident,

das Bodenseeufers ist ein Juwel Vorarlbergs. Wir sind stolz darauf, dass der österreichische Teil des Bodensees als öffentlich zugängliches Naherholungsgebiet – und ein großer Teil davon auch als Naturschutzgebiet – bezeichnet werden kann. Sowohl die Bürger:innen als auch die Bürgermeister:innen der Anrainer-Gemeinden sind sich dem Wert dieses einzigartigen Bodenseeufers bewusst und setzen sich deshalb auch dafür ein, dieses zu bewahren. Einigkeit herrscht auch in der Frage, wie das Bodenseeufers sowie dessen hohe Qualität für die Menschen bewahrt werden kann und ein Bahnausbau im Unteren Rheintal, allen voran entlang des Bodenseeufers, möglich ist: durch eine unterirdische Gleisführung. Nach langem Ringen und aufwendigen Prozessen konnte der Landesregierung „Wallner III“ das langerwartete Bekenntnis gegen den oberirdischen Bahnausbau abgerungen werden.¹

Um diesen Schulterschluss zwischen Land und Gemeinden zu bestärken, haben sämtliche Abgeordnete in der Landtagssitzung am 31. Jänner 2024 einstimmig der Zielvorstellung zugestimmt, „dass im dicht besiedelten Raum und entlang des Bodenseeufers keine oberirdische Gleiszulegung erfolgt.“²

¹ [Schulterschluss für den Bahnausbau im Unteren Rheintal](#)

² Beilage 167/2023

Umso erstaunter liest sich die aktuelle „Haltung“ der Landesregierung, wonach lediglich eine „Bestvariante“ erarbeitet werden soll. Kein Bekenntnis mehr zur Unterflur-Variante, kein Hinweis auf die Bedeutung des Rheintals als eines der am dichtesten besiedelten Regionen abseits von Großstädten, keine Hinweise auf die Raumplanung, Bürger:innen-Initiativen oder den Naturschutz.

Am 7. Oktober 2024 fand zur Thematik des unterirdischen Bahnausbaus eine große Diskussionsrunde mit Vertreter:innen aller Fraktionen in Lochau statt. Der Lauteracher Bürgermeister und Sprecher der „Interessensgemeinschaft Unterirdische Bahntrasse Großraum Bregenz“ (IGUB), Elmar Rhomberg, hat dort darauf hingewiesen, dass die IGUB-Bürgermeister:innen in der an diesem Abend zum Ausdruck gekommenen „klaren und erfreulich einheitlichen Position der Landespolitik“ zum unterirdischen Bahnausbau einen echten „Game-Changer“ erkannt haben. Er zog diesbezüglich einen sportlichen Vergleich und sagte sinngemäß: „Wir Bürgermeister wären schon lange bereit gewesen, den Ball in die Hand zu nehmen und den Elfmeter für unseren Lebensraum und unsere Bevölkerung zu schießen.“ Er betonte, dass im Zuge der Veranstaltung der Funke endlich auch auf die Landespolitik übergesprungen zu sein scheint. Die Wortmeldungen aller Fraktionen würden keinen anderen Schluss zulassen, als dass nun auch die Landtagsparteien einhellig dafür brennen, in „unserem Team“ zu spielen und den Ball „im Tor zu versenken“. Er schloss sinngemäß mit dem Appell ab, endlich „Nägel mit Köpfen“ zu machen. Das heißt: die geplante Arbeitsgruppe ins Leben zu rufen und dann internationale Expert:innen zu beauftragen, die beste Lösung für Vorarlberg und die Vorarlberger:innen zu finden.

Wir stehen vollinhaltlich hinter den Aussagen von Elmar Rhomberg und stellen deshalb gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Vorarlberger Landtags folgenden

A N T R A G

Der Vorarlberger Landtag möge beschließen:

„In Hinsicht auf den Bahntrassenausbau im Großraum Bregenz bekennt sich der Vorarlberger Landtag aufbauend auf der einstimmigen EntschlieÙung vom 15. Dezember 2022 (Beilage 155/2022) sowie der einstimmigen EntschlieÙung vom 5. Dezember 2023 (Beilage 167/2023) dazu, eine unterirdische Gleisführung entlang der derzeitigen Trasse zu realisieren. Daher sollen die Planungen für den unterirdischen Bahnausbau umgehend gestartet werden, damit der Bau einer unterirdischen Trasse rasch umgesetzt werden kann.“

LAbg. Reinhold Einwallner

KO Mario Leiter

LAbg. Manuela Auer

Der XXXII. Vorarlberger Landtag hat in seiner 1. Sitzung im Jahr 2025, am 29. Jänner, den Selbstständigen Antrag, Beilage 14/2024/XXXII. GP, mit den Stimmen der VP- und FPÖ-Fraktion mehrheitlich abgelehnt (dafür: Die Grünen, SPÖ und NEOS).

Hinweis: siehe auch Vorlage des Volkswirtschaftlichen Ausschusses, Beilage 8/2025